

Wien, Donnerstag, den 11. November 1926.

Die Getränkesteuern und die Städte. Im Wiener Rathaus wurde heute vormittags eine Sitzung des Grossen Ausschusses des Städtebundes abgehalten, in der der Präsident des Wiener Landtages Abgeordneter Dr. Danneberg ein eingehendes Referat über den gegenwärtigen Stand der Deckung der Kosten der Arbeitslosenversicherung und über das Bundesgesetz zur Ermächtigung der Einhebung einer Landessteuer auf Bier und Wein erstattete. Die Verhandlungen leitete der Obmann des Städtebundes Bürgermeister Seitz. Es wurde folgende vom Referenten vorgeschlagene Entschliessung einstimmig angenommen: Der Grosse Ausschuss des Städtebundes stellt mit Genugtuung fest, dass die Bundesregierung davon abgekommen ist, den Gemeinden eine höhere Last zur Deckung der Kosten für die Arbeitslosenversicherung aufzuerlegen als bisher. Er gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass der Gedanke der Inkamerierung der Bundes-Bier- und Bundes-Weinsteuer aufgegeben wurde. Er kann sich aber nicht damit einverstanden erklären, dass den Ländern durch Bundesgesetz die Ermächtigung zur Einhebung einer Landessteuer auf Bier und Wein erteilt werden soll, die ein Vielfaches von dem bringen wird, was die neuen Kosten der Länder für die Arbeitslosenversicherung betragen, ohne dass der Anspruch der Gemeinden auf eine Beteiligung an diesen neuen Steuerquellen befriedigt wird. Der Grosse Ausschuss des Städtebundes verlangt daher, dass das Bundesgesetz über die Einführung einer Landes-Bier- und Landes-Weinsteuer mindestens grundsätzlich ausspricht, dass die Gemeinden an dem Ertrag dieser Steuern zu beteiligen sind. Der Grosse Ausschuss erneuert seine Forderung, dass die Vermögensteuer, die schon ab 1926 eine geteilte Steuer ist, tatsächlich geteilt werde und das hierzu erforderliche Bundesgesetz ehestens erlassen werde.

Es wurde sodann beschlossen, dass eine Abordnung diese Entschliessung dem Bundesfinanzminister Dr. Kienböck überreichen soll, wobei auf Antrag des Vizebürgermeisters Rückl (Graz) der Minister darauf aufmerksam zu machen ist, dass eine Beitragsleistung der Gemeinden zur Arbeitslosenversicherung grundsätzlich abgelehnt wird.

Bürgermeister Barcht (Klagenfurt) teilt mit, dass der Klagenfurter Gemeinderat einen Antrag auf Subventionierung des dortigen Stadttheaters durch den Bund angenommen hat. Nach einer Aussprache, an der sich Bürgermeister Dametz (Linz), Vizebürgermeister Rückl (Graz), Vizebürgermeister Emmerling und Stadtrat Dr. Fischer (St. Pölten) beteiligen, wird beschlossen, den Bundesfinanzminister zu ersuchen in den Voranschlag für das Jahr 1927 eine Beitragsleistung der Bundesregierung für die notleidenden Provinzbühnen aufzunehmen. Ebenso sei eine Leistung der Bundesregierung für den Flugverkehr anzustreben.

Festbeleuchtung des Rathauses und des Leuchtbrunnens. Auf Weisung des Bürgermeisters wird am Staatsfeiertag das Rathaus von 8 bis 9 Uhr abends festlich beleuchtet werden. Der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz wird von 7 bis 8 Uhr abends seine farbigen Wasserkünste zeigen. Die städtischen Schulen, Amtsgebäude u. s. w. werden am Staatsfeiertag mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien geschmückt werden.

Körperliche Ertüchtigung der Lehrlinge. Der Wiener Fortbildungsschulrat hat neuer vorgeschrieben, dass allen Lehrlingen und Lehrlinginnen an den ihm unterstellten Schulen der Besuch eines Winterschwimmbades unentgeltlich ermöglicht wird. Im städtischen Jörgerbad und im Margaretenbad erhalten die Lehrlinge und Lehrlinginnen auch unentgeltlichen Schwimmunterricht. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Schülerausweisarten vorzuweisen sind. Der Fortbildungsschulrat hat alle Schulleitungen angewiesen, auf die Schüler und Schülerinnen einzuwirken damit der Besuch der Schwimmkurse und der Schwimmbäder möglichst reger ist.

Koch- und Haushaltungsschule der Gemeinde Wien. Für die sechsmonatigen Hausgehilfinnenkurse für Weissnähen und Kleidermachen an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule sind noch einige Plätze frei. Die Kurse werden einmal wöchentlich von 6 bis 8 Uhr abends abgehalten. Anmeldungen in der Schulkanzlei in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3.

Unveränderte Kanalrömnungsgebühren. Für November bleiben die Gebühren für die Kanalrömnung unverändert. Sie betragen das Dreifache des Mietzinses, der für August 1914 bezahlt worden ist.

Oesterreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege. Mittwoch, den 17. November um 7 Uhr abends spricht Sektionschef Ingenieur Karl Hauck im Hörsaal des hygienischen Institutes, IX., Kinderspitalgasse 15, über "Zusammenarbeiten von sanitären und technischen Sachverständigen". Gäste willkommen.

Amerikanische Urteile über die Wiener Gemeindeverwaltung. Amerikanische Zeitungen der zweiten Oktoberhälfte veröffentlichen einen Bericht der Associated Press, der unter verschiedenen Titeln gebracht wird, und wie folgt lautet: Innerhalb weniger als Jahresfrist ist Wien zu einer europäischen Musterstadt geworden. Die Sozialdemokratische Stadtverwaltung hat dreissigtausend moderne Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung, sowie eine Anzahl grosser Badeanstalten, Spitäler, Krippen, Kindergärten, Schulen, Spielplätzen, Turnanstalten, Gewerbeschulen, Bibliotheken und Zahnkliniken errichtet. Strassenzüge in Wien und Umgebung in mehr als 250 Meilen Gesamtlänge wurden ausgebessert. In der ganzen Stadt wurde elektrische Beleuchtung eingeführt und ein grosses Elektrizitätswerk (Wasserkraftwerk) errichtet.